

Rat	25.06.2020
-----	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	422/2020-2
Stand	28.05.2020

Betreff **Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke vom 27.05.2020 betr. Resolution Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten - Kommunen unter den Rettungsschirm**

Beschlussentwurf

Der Rat beschließt folgende Resolution:

1. Der Rat sieht in den Corona-bedingten Belastungen eine große Gefahr für den Erhalt der kommunalen Handlungsfähigkeit. Insbesondere die seitens der Steuerschätzer prognostizierten Einbrüche bei den kommunalen Steuern werden die Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre zu Nichte machen und die Verschuldungssituation verschärfen.
2. Der Rat begrüßt ausdrücklich den von der Landesregierung frühzeitig aufgestellten 8-Punkte-Plan und die hierzu eingeleiteten gesetzlichen Aktivitäten.
3. Der Rat stellt fest, dass die im Entwurf für ein NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz beschriebene Bilanzierungshilfe eine Lösung zu Lasten künftiger Generationen darstellt, die mit den Grundsätzen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) nicht vereinbar ist. Zudem verstärkt die Notwendigkeit, fehlende liquide Mittel am Kapitalmarkt aufnehmen zu müssen, die bereits ausgeprägte kommunale Verschuldungssituation.
4. Der Rat der Stadt Bornheim fordert die Landesregierung daher auf,
 - a. liquide Mittel aus dem Sondervermögen (Rettungsschirm) zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise zur Kompensation kommunaler Steuerausfälle zur Verfügung zu stellen und
 - b. in diesem Zusammenhang die bereits zugesagte Altschuldenlösung umzusetzen sowie
 - c. nunmehr umso dringender die seit längerem zugesagte Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes umzusetzen.

Sachverhalt

Auf den als Anlage beigefügten Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE vom 27.05.2020 wird verwiesen.

Die Verwaltung weist ergänzend darauf hin, dass sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Kämmerinnen und Kämmerer im Rhein-Sieg-Kreis mit Schreiben vom 15.05.2020 zur kommunalen Finanzsituation an Frau Ministerin Scharrenbach, Herrn Minister Dr. Stamp sowie an Landtagsabgeordnete gewandt haben. Das Schreiben ist dieser Vorlage ebenfalls beigefügt.

Anlagen zum Sachverhalt

Resolutionsantrag vom 27.05.2020
Schreiben vom 15.05.2020